

20 Jahre Neues Europa

Zwei Jahrzehnte

des neuen Europas im Rückblick

Ein Gespräch

zwischen Jacques Santer und Lech Wałęsa

Lech Wałęsa/Jacques Santer

Lech Wałęsa:

Ich unterscheide mich von Ihnen allen, meine Damen und Herren, dadurch, dass ich ein „körperlich arbeitender Mensch“ bin und stets aus der Praxis heraus leben und konkrete Probleme lösen musste. Später musste ich pragmatisch kämpfen und die Probleme lösen, die dieser Kampf mit sich brachte. Und dies spielte sich oftmals an anderer unbedeutender Stelle ab, was allgemein gar nicht wahrgenommen wurde. Ein Beispiel: Heute feiern wir die außerordentliche gute Regierung von Ministerpräsident Mazowiecki. Auch ich bin dieser Ansicht. Aber hat sich einer von Ihnen einmal Gedanken darüber gemacht, dass wir damals nur 35% der Macht besaßen, aber unsere Gegner 65%? Ist jemandem aufgefallen, dass der Hauptfeind bereits damals General Czesław Kiszczak auf den Ministerpräsidenten gehetzt hatte? Haben Sie sich einmal überlegt, warum er dies tat und was er damit erreichen wollte? Wie einfach das doch ist und niemand hat sich bis heute darüber Gedanken gemacht! So hat man Kiszczak zu

einem ganz bestimmten Zeitpunkt als Trumpfkarte eingesetzt, damit wir – wenn wir in die Irre laufen – auf jemand anderen setzen können, der uns Freude macht, weil er eben nicht mit Kiszczak identisch ist. Und das können wir aushalten. Eine Minute später wären die Geschicke ganz anders verlaufen! Und dann der heute so spöttisch belächelte „Krieg an der Spitze“! Ihr alle habt geglaubt, dass diese Auseinandersetzung ein Fehler gewesen war. Meine Lieben – das soll ein Fehler gewesen sein? Wenn es ein Fehler gewesen war, dann war es Euer Fehler – nicht meiner! Wenn ich das damals nicht gemacht hätte... Fragt doch heute General Jaruzelski danach, der damals alleine die Entscheidung traf. Herr Mazowiecki ist ein anständiger Mensch gewesen, der ihm nicht in die Quere gekommen wäre. Wenn Staatspräsident Jaruzelski damals noch fünf Jahre länger im Amt gewesen wäre – fragt ihn doch danach! – wäre er dann etwa aus dem Warschauer Pakt ausgestiegen und hätte uns in Richtung Europäische Union, also in den Westen geführt? Was wäre gewesen, wenn wir noch weitere fünf Jahre so ausgehalten hätten? Glaubt Ihr wirklich, dass Russland dann mit einem Austritt Polens aus dem Warschauer Pakt einverstanden gewesen wäre? Macht keine Scherze! Und daher freue ich mich, dass ich heute hier sein kann, wo ich hervorragende Theoretiker – sehr weise Menschen – sehe. Aber hört Euch auch an, was die Praktiker zu sagen haben und ladet sie auf diese Treffen ein. Denn der Blick aus der Praxis unterscheidet sich von Euren Betrachtungen erheblich. Ich zweifle alle diese schönen Lehren und Konzeptionen natürlich nicht an – keine Frage, das kann man nicht miteinander vergleichen. Ich möchte auch gar nicht darüber diskutieren, weil ich gar keine Chance hätte. Aber in ihren Diagnosen kommen sowohl die Theoretiker als auch die Praktiker zu den gleichen Ergebnissen – nur die Therapie ist aus praktischer Sicht etwas anders.

Und nochmals eine ganz praktische Anmerkung: Was wäre, wenn wir keine Verkehrszeichen und keine Verkehrsordnung hätten? Dann hätten wir das, was wir heute in Europa und auf der Welt haben. Wenn diese Diagnose stimmt, was wäre dann konkret zu tun, um die Dinge gemäß den Herausforderungen der Gegenwart in Ordnung zu bringen? Kurz gesagt, wir brauchen eine Bereinigung dieser Unterschiede, die sich durch Ländergrenzen ausgebildet haben. Wir müssen mindestens drei Dimensionen neu ordnen und brauchen Regelungen

auf globaler, kontinentaler und staatlicher Ebene – und später vielleicht auch eine regionale Ordnung, die sich aber bereits auf andere Bereiche erstreckt. Und solange wir die Vorschriften der Verkehrsordnung in einigen ökonomischen Fragen nicht gemeinsam absprechen, werden wir so wie bisher auch weiterhin in diesem Getöse herumfahren. Das zweite Problem liegt in der gemeinsamen Regelung an sich. Linke, Kommunisten und Faschisten – alle sprechen von Werten, nur jeder blickt auf diese Werte auf ganz andere Weise. Solange wir nicht festlegen, was wir unter diesen Werten genau verstehen, wird eine echte Verständigung unmöglich sein.

Ich versuche derzeit, im „Rat der Weisen“ und in der „Reflexionsgruppe“ ein wenig mitzumischen. Dort sind die meisten Vertreter links orientiert, aber es fehlt ihnen nicht an gutem Willen. Sie stimmen mit mir überein, dass Werte unbedingt nötig sind. Es stellt sich nur die Frage, wie man diese Werte am besten fixieren sollte, damit sie realisiert werden können. Wir haben uns dabei etwas ausgedacht. Wir sollten die Werte in die Grundrechts-Charta hineinschreiben, aber sie zugleich untereinander abklären und festlegen, dass alles, was sich weltweit aus der EU ergibt und aus einzelnen Vorschriften oder Verhaltensweisen hervorgeht, mit diesen Werten in Einklang stehen muss. Und bei jeder Abkehr von diesen Vereinbarungen werden Gerichte und ähnliche Dinge auf den Plan treten. Was würdet Ihr dazu sagen: Ist das eine gute Idee? Gebt Anregungen, welche Punkte bestimmte Werte enthalten und auf welche Weise sie fixiert werden sollten, damit sie in unserem Tun auch Anwendung finden? Das ist kein purer Idealismus, sondern liegt ganz nahe an dieser Debatte und allen anderen Debatten, die unsere Lösungsmöglichkeiten verbessern werden. Denn wenn wir das nicht tun, werden wir es immer wieder mit Krisen zu tun haben. Die Bankenkrise sehe ich als Praxismensch übrigens ganz anders. Denn wir haben immer noch nicht bemerkt, dass das Bankenproblem eine globale Angelegenheit ist. Wenn die Banken nicht bestimmten Kontrollen ausgesetzt sind, werden sie uns allen übel mitspielen. Dabei stellt sich die Frage: Was wird nun folgen, was wird sich weltweit insgeheim abspielen? Wenn wir das nicht bemerken, kommt es zum Zuge und betrifft uns alle. Keine einzige Generation vor uns hatte wie wir die Chance, zerstrittene Länder auf höherer Ebene unter einem

Dach zu organisieren – europaweit und sogar global! Doch wir müssen endlich verstehen, dass das, was einst für Staaten, Blöcke und Systeme als Programm gut war, heute nicht mehr passt, da es diese Staaten und Blöcke nicht mehr gibt. Man muss vielmehr so schnell wie möglich das ökonomische System reparieren. Wenn wir in der „Reflexionsgruppe“ über diese Dinge diskutieren, bekomme ich zu hören, dass doch die Reichen etwas von ihrem Überfluss den Armen abgeben und mit ihnen solidarisch sein sollten. Dem kann ich nicht zustimmen! Ich komme aus dem Arbeitermilieu. Ich bin Arbeiter und lehne dies ab. Stattdessen sage ich: Ihr Lieben, wir müssen mehr reiche Leute und Kapitalisten hervorbringen! Für dieses Jahrhundert dreimal so viele wie bisher, Familien und Beschäftigten mit eingerechnet. Denn die Reichen werden dieses System retten. Es stellt sich also die schlichte Frage: Werden sich Eure Familien verdreifachen, und falls nicht – werdet Ihr andere Menschen dazu führen, dass es in diesem Jahrhundert dreimal so viele Firmeninhaber gibt wie früher? Das Rechtssystem muss dies zulassen, dann wird es uns besser gehen. Eure sozialen Anreize usw. werden dann nicht mehr nötig sein.

Unsere Generation lebte zwischen den Epochen und trat schließlich von der Epoche der Grenzen, Blöcke und Systeme zur Ära des Intellekts, der Informationsgesellschaft und der Globalisierung über. Diese Einfälle sind an sich weder gut noch schlecht. Alles hängt davon ab, wie wir sie konkret mit Leben erfüllen. Ob wir z.B. festhalten, dass wir gegen Ende des zweiten Jahrtausends ein Geschenk des Himmels in Gestalt des Hl. Vaters [Johannes Pauls II.] erhalten haben. Aber nicht er war es, der mit dem Kommunismus kämpfte. Er rüttelte lediglich das polnische Volk und andere Nationen wach, indem er sprach: „Fürchtet Euch nicht!“ Die wacherüttelten Völker ließen sich durch Organisationen, Streiks und Demonstrationen zur Freiheit führen. Wenn Johannes Paul II. diese Worte so gesprochen hätte, wie dies auf Kuba geschehen ist, wären sie wirkungslos im Winde verpufft. Denn dort ist es eben nicht gelungen, sie in die Tat umzusetzen. Wir sollten daraus die Schlussfolgerung ziehen, dass jetzt ein drittes, noch völlig unberührtes Jahrtausend vor uns steht, das nach Möglichkeit gut eingerichtet werden muss. Dazu sind die derzeitigen Rechtsvorschriften, Strukturen und Programme zu verbessern. Es ist wirklich nicht viel nötig. Man

sollte die Dinge nur verbessern – dann haben wir tatsächlich gute Chancen, zu Frieden, Wachstum und Wohlstand zu gelangen.

Es gibt in Europa derzeit nur zwei Aufgaben: Es gilt zunächst, das Entwicklungsniveau über alle Grenzen hinweg wechselseitig anzugleichen, so dass es für jedermann rentabel ist. Rentabilität heißt, sich Gedanken darüber zu machen, welche Richtung einzuschlagen ist: vielleicht Verkehrswege oder gar Telefonnetze? Lasst uns beginnen – alle haben ein Interesse daran und wir können weitere Dinge unternehmen! Einerseits ist also das jeweilige Niveau anzugleichen und zweitens sollte man sehen, dass ganz Europa auch uns gehört – der Herrgott hat Europa nur ungleich unter uns verteilt! Wenn der Herrgott uns Europa also deshalb geschenkt hat, damit es insgesamt weiser und besser zugeht und wir uns schöne Dinge leisten können – aber andererseits auch diese Ungleichheiten existieren -, sollten wir verstehen, dass alle die gleiche Chance haben, dies zu erreichen.

Jeder einzelne Bürger wird dazu unbedingt gebraucht. Wir müssen nur entsprechende Entwicklungsmöglichkeiten schaffen und wenn jemand dies nicht will, sollten wir ihm sagen: Wenn du ständig nur den allerschlechtesten Ackerboden bestellen möchtest, wirst Du nie wettbewerbsfähig werden und niemals richtig Geld verdienen. Wenn Du jedoch uns und den Analysen der Computers folgst, werden wir Dir helfen und sagen Dir, wo Du etwas machen solltest. Dann wirst Du für uns rentabel sein und auch wir werden für Dich rentabel sein – im Interesse Europas und der Welt. Dies sind die Aufgaben und Herausforderungen aus praktischer Sicht. Lassen Sie uns alles tun, um Praxis und Theorie miteinander zu verbinden – dann werden wir vorankommen!

Jacques Santer:

Ich denke, dass Sie als Mensch der Praxis einen großen Beitrag zu der Diskussion geliefert haben, die zuvor unter der Leitung des EU-Abgeordneten Jacek Saryusz-Wolski hier stattgefunden hat. Wichtig ist auch, dass Sie den Begriff der Solidarität auf schlichte Weise skizziert haben. Denn Solidarität ist einer

der großen Werte, mit denen wir eng verbunden sind. Ich glaube, dass Sie dem Begriff der Solidarität nicht nur durch Ihr gesamtes Leben und Ihre Leistungen konkreten Inhalt verliehen haben, sondern auch durch das, was Sie eben gesagt haben. Zu Europa: Wir ziehen bereits einen gewissen Nutzen aus der Tatsache, dass der Lissabonner Vertrag bald zu seinem glücklichen Finale kommt, bei dem bestimmte Werte, von denen Sie eben gesprochen haben, bereits definiert sind. Das allein ist schon ein gewisser Fortschritt, der sicherlich noch verbessert und weiter ausgebaut werden muss. Ich weiß sehr wohl, wie schwierig das ist. Der gesamte Bereich der Werte konnte überhaupt nur sehr schwer definiert werden, wobei einige Mitgliedsländer von vornherein eine ablehnende Haltung zeigten. Dennoch müssen wir darauf hoffen und uns darum kümmern, dass der EU-Reformvertrag tatsächlich in Kraft tritt, da Europa durch diesen Vertrag eine andere Position in der Welt haben wird. Es ist so, wie Sie gesagt haben: Wir leben in einer globalisierten Welt. Nach dem Ende der derzeitigen Krise werden wir in einer Welt leben, die an Multipolarität weiter zunimmt. Die USA werden ihren Einfluss auf die Geschehnisse der Welt mit Sicherheit reduzieren müssen. Auch in der Währungspolitik tauchen inzwischen weitere Global Player auf: China, Russland, Brasilien und überhaupt ganz Lateinamerika. Die Welt wird also zunehmend multipolarer, so dass Europa seine Einflusssphären erweitern muss, um sich gegenüber der globalen Konkurrenz zu behaupten. Es ist so, wie Sie sagten: Europa wird dann Chancen bekommen, sich international zu behaupten und seine Standpunkte zu bekräftigen, wenn es über Werte verfügt, die in dieser globalisierten, multipolaren Welt klar und nachhaltig zum Ausdruck kommen. Das ist wohl der entscheidende Punkt. Von einem solchen Europa sind wir im Moment noch entfernt und eben daran müssen wir arbeiten.

Der EU-Reformvertrag enthält ferner vielfältige Akzente bezüglich der Religionen, die ihren Dialog untereinander ähnlich wie zwischen Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften unterstützen sollen. Ich stimme Ihnen völlig zu, dass das gesamte EU-Recht den Bürgern in Europa dazu dienen sollte, alle Grundrechte einer Zivilgesellschaft zu nutzen, wie z.B. Bekenntnisfreiheit oder wirtschaftliche Freiheit. EU-Kommissar Figel sprach eben vom interkonfessionellen und interkulturellen Dialog. Es wurde inzwischen das „Jahr des Interkon-

fessionellen und Interkulturellen Dialogs” ausgerufen. Vor wenigen Tagen fand hier in Krakau ein großer Friedensgipfel mit zahlreichen Vertretern verschiedenster Religionen statt. Den Kirchen und Religionsgemeinschaften kommt in der Tat eine bedeutende Rolle bei der Erfüllung der vorab skizzierten Aufgaben zu. Wenn wir von der Würde der menschlichen Person sprechen, betrachten wir den Menschen als ganzheitliches, geistig-körperliches Wesen. Aber dies ist eine Sphäre, um die wir Europäer ständig kämpfen müssen, wobei wir danach streben sollten, dass die interreligiösen Beziehungen in Europa permanente Unterstützung finden. Alle Religionen und Konfessionen haben zur Fortentwicklung der europäischen Identität einen Beitrag geleistet, so dass man für deren Wohl unentwegt Sorge tragen muss. Dies ist sicherlich ein wichtiges Ziel, wobei es mich sehr freut, dass dieser Gedanke auch vor einigen Tagen in Krakau von den Repräsentanten der Religionen deutlich zum Ausdruck kam. Und zwar auch auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz, was für mich ein sehr bedeutendes Erlebnis gewesen ist. Der religiöse Bereich bildet jedoch kein Element der EU-Gesetzgebung. Diese beiden Sphären dürfen in keinsten Weise miteinander verbunden werden, wie das beim jüngsten Referendum in Irland geschah. Jedes Land und jede Nation besitzt das absolute Recht, über den religiösen Bereich gemäß den eigenen Überzeugungen zu entscheiden. Dies betrifft auch Fragen zur Stellung der Familie, also das Familien- und Eherecht. In meinem Heimatland z.B. wäre diese Art von Einheitszwang auch auf breiten Widerstand und Protest gestoßen.

Wir sind Gründungsmitglied der heutigen Europäischen Union, aber niemals hätte unser Land derartige Regulierungsbestrebungen hingenommen. In diesem sensiblen Bereich muss natürlich der Grundsatz der Subsidiarität konsequent angewandt werden. Einer meiner Vorredner hat davon gesprochen, dass die Prinzipien Subsidiarität, Solidarität, Personalismus und die Subjekthaftigkeit des Menschen unbedingt praktischen Ausdruck finden müssen, aber man diese Grundsätze nicht mit der Europäischen Union in einen Topf werfen sollte, wie das derzeit häufig geschieht. Was hingegen das sog. „neue Europa” und seine 27 Mitgliedsstaaten anbelangt, so nehme ich die Stimmen der einzelnen Länder aufmerksam zur Kenntnis. Auch Premierminister Donald Tusk hat heute bereits

davon gesprochen, dass derzeit in einigen EU-Staaten nationalistische Töne zu vernehmen sind, die über den rein wirtschaftlichen Bereich hinausgehen. Das stimmt mich sehr nachdenklich. Ich denke dabei z.B. an das, was gegenwärtig in Ungarn geschieht, und zwar im Bereich der Beziehungen zur Slowakei. Man sollte sich darüber bewusst sein, dass Europa ein Friedensprojekt ist, das auf Vergebung und Versöhnung beruht. Es war kein purer Zufall, dass Robert Schuman und Konrad Adenauer vier Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges die Grundlagen der europäischen Integration definierten. Knapp fünf Jahre nach Kriegsende, als unsere Länder noch in Schutt und Asche lagen, entstand die Europäische Gemeinschaft vor dem Hintergrund des europäischen Einheitsgedankens, der auf der Vergebung und Aussöhnung zwischen einstmaligen erbitterten Feinden basierte. Als gebürtiger Luxemburger weiß ich, dass wir als Pufferstaat zwischen Deutschland und Frankreich sämtliche Kriege zwischen diesen beiden Ländern auch selbst durchmachen mussten. Erst als es zur deutsch-französischen Aussöhnung kam, zeichnete sich die längste Friedensperiode unserer bisherigen Geschichte ab. Der Gedanke der Völkerversöhnung sollte daher im erweiterten Europa ganz deutlich zum Ausdruck kommen. Denn dann werden auch die vielfältigen Nationalismen verschwinden, die auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene sichtbar sind. Ich meine genau das, was Sie über die Arbeitslosigkeit gesagt haben: Einzelne Maßnahmen in einem Land dürfen nicht zur Steigerung der Arbeitslosigkeit in anderen Ländern führen, darauf gilt es zu achten! Die Europäische Union muss eine stärkere soziale Ader aufweisen, um eben diese Fragen auf die Tagesordnung zu bringen. Das Problem liegt wohl darin, dass die Bürgerinnen und Bürger in Europa unmittelbar mit dieser Thematik zu tun haben. Es geht nicht um einzelne Diskussionen oder Institutionen. Denn die Institutionen sind für die Bürger geschaffen worden, damit diese in Freiheit und Frieden und hoffentlich auch in Wohlstand leben können. Das muss tatsächlich so zum Ausdruck gebracht werden, weil dies wesentlich ist!

Sie sprachen vorhin auch über die Grundsätze einer weltweiten „Verkehrsordnung“. Dabei ist wichtig, dass die EU im Sinne des Lissabonner Vertrages geeignete Institutionen ins Leben ruft, die diesen Aufgaben wirklich gerecht werden. Ich stimme Ihnen völlig zu, Herr Wałęsa! Denn bereits auf dem EU-Konvent

war klar, dass der Reformvertrag nicht sämtlichen Vorstellungen aller Beteiligten entsprechen würde. Wenn ich selbst – oder wir beide – diesen Vertrag geschrieben hätten, hätten wir sicherlich etwas andere Dinge darin festgehalten. Nun, wir sind jedoch auf Kompromisse angewiesen und diese Kompromisse sind derzeit mit diversen Problemen verbunden, die in diesem Vertrag existieren. Wie Sie aber ganz richtig bemerkt haben, müssen wir den Vertrag zuerst einmal unter Dach und Fach haben, um ihn dann „von innen heraus“ korrigieren zu können. Europa verdankte sein Wachstum und seine gedeihliche Entwicklung stets bestimmten Krisen. Das war in der Vergangenheit immer so. Europa erlebte z.B. im Jahre 1935 eine große Wirtschaftskrise, in den 1970er Jahren kam es zur weltweiten Erdölkrise usw. Aber nach all diesen Krisen ist es stets gelungen, positive Schritte in die Zukunft zu unternehmen. Jetzt stehen wir erneut vor der Notwendigkeit, einen großen Schritt nach vorne zu machen. Und wenn wir die von Ihnen erwähnte „Verkehrsordnung“ endlich haben, müssen wir sie von innen heraus so ausfeilen, dass sie immer besser funktioniert. Aber jetzt muss man die Position Europas in der Welt stärken und dabei zugleich den Menschen, die an Europa glauben – das sind nicht nur die Europäer! – auch außerhalb unseres Kontinents klarmachen, dass das Europa, das sie derzeit sehen, ein Europa mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist. Dies ist im Lissabonner Vertrag ausdrücklich festgehalten. Und das ist gut so! Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik muss jedoch einen bestimmten Inhalt haben, so dass Europa mit einer Stimme nach außen sprechen kann.

Diese Einstimmigkeit fehlt aber bereits im Bereich der Währungs- und Geldpolitik. Sie sprachen vorhin zu Recht die Bankenkrise an. Dabei stimme ich Ihnen voll zu. Ja, wir brauchen ethisch fundierte Wirtschaftskonzeptionen. Doch wie oft gelingt es uns nicht einmal unter den 16 Euro-Staaten, auf internationalen Foren wie IWF, Weltbank oder G20 sowie in zahlreichen anderen internationalen Gremien mit einer Stimme zu sprechen! Denn stets tauchen partikuläre Interessen einzelner Länder auf. Dennoch verfügt die EU über eine Wirtschafts- und Währungsunion, wenngleich wir in dieser Hinsicht noch viel arbeiten müssen, um etwas zu erreichen. Daher brauchen wir starke Institutionen. Ich war immer ein Anhänger von starken Institutionen, aber ich weiß ebenso gut, dass sich die

Bürger durch Institutionen allein nicht motivieren lassen. Das ist unmöglich, man muss vielmehr konkrete Inhalte haben. Nichtsdestotrotz benötigen wir geeignete institutionelle Rahmenbedingungen für eine aktive Politik. Davon sind wir aber noch weit entfernt, genau daran müssen wir arbeiten.

Lech Wałęsa:

Zu zwei Themen möchte ich Stellung nehmen.

Was den Lissabonner Vertrag anbelangt, so muss ich mit Bedauern feststellen, dass er mir in vielen Punkten nicht passt. Aber man muss ihn heute annehmen und morgen korrigieren. Besser ist es, ihn von innen heraus zu korrigieren als von außen. Deshalb werde ich nach Irland fahren und mich der Kritik wegen der Tomaten und vieler anderer Dinge aussetzen. Aber zugleich werde ich kämpfen und zu beweisen versuchen, dass auch der schlechteste Fahrer immer noch besser ist als gar kein Fahrer! Europa braucht eine kontrollierte Lenkung. Man denke an China, Russland – all die Herausforderungen, z.B. die Ökologie. Wir müssen lenkbar sein, doch wie weit – das ist die Frage! Geht die Lenkung durch diesen Vertrag nicht zu weit? Einige Themen erfordern es, global zu sein. Aber es gibt auch Themen, in denen wir globales Denken nicht mehr erlauben dürfen.

Wie oft habe ich schon gesagt, dass ich meine Frau Danuta nicht globalisieren lasse. Zurück zum Beispiel Auto. Wir können beinahe auf der ganzen Welt mit dem Auto fahren, aber warum? Weil wir überall ganz ähnliche Vorschriften und Verkehrszeichen haben. Schauen Sie, sogar bei uns in Krakau fahren alle – Schwarze und Weiße, Deutsche und Juden! Das Gleiche brauchen wir in der Ökonomie und in verschiedenen Rechtsbereichen. Heute hat beinahe jeder ein anderes Rechtssystem. Daher müssten wir uns alle dafür entscheiden, z.B. das Rechtssystem Deutschlands oder Frankreichs – vielleicht nicht den gesamten Korpus, aber zumindest den Grundkanon – zu übernehmen. Denn sonst entwickeln wir uns zunehmend auseinander und haben dann auch unterschiedliche Werte. Wenn jetzt die Grenzen immer mehr fallen, zeigt sich ein enormes Chaos. Es ist so, wie Sie vorhin sagten – hier erhält die Werft keine zusätzlichen Gelder

und an anderer Stelle werden die Löhne ausbezahlt. Es kann nicht angehen, dass Produktionsbetriebe nur deshalb verlegt werden, weil anderswo die Arbeitskräfte billiger sind. Das ist für Europa unrentabel. Man sollte verstehen, dass dort Arbeitslosigkeit herrscht. Man muss den Menschen daher zeigen, wo es Arbeit gibt und ihnen diese Arbeit verschaffen. Aber man darf die Betriebe nicht sinnlos verlegen, denn dies führt nur zu steigenden Autopreisen.

Wir müssen also anfangen, an Europa als Ganzes zu denken und verstehen, dass wirklich alle Menschen gebraucht werden. Denn wenn einer nicht arbeitet, muss ein anderer für ihn Steuern zahlen. Dadurch kann dieser andere keine Waren aus Europa kaufen und zettelt nebenbei noch eine Revolution an. Das rentiert sich für uns nicht! Denken wir lieber so: Für unseren Kontinent brauchen wir ein Minimum an Gemeinsamkeiten, aber in gewissen Fragen – wie etwa der Ökologie – müssen wir global denken und handeln. Denn sonst überleben wir nicht. Für all diese Dinge sind gemeinsame Grundlagen erforderlich, auf die wir uns verständigen müssen. Ich möchte an dieser Stelle besonders an die Religionen Europas appellieren: Ihr müsst uns führen und inhaltliche Vorgaben geben, in welchen Rechtsvorschriften sich alle Religionen einig sind. Diese Bestimmungen kann man heute als Fundament der Einigung Europas betrachten. In naher Zukunft könnte sich herausstellen, dass wir bereits an weiteren Vorschriften basteln. Die größte Erfahrung besitzen bei uns die Kirchen und Glaubensgemeinschaften. Denn sie haben uns großgezogen. Daher sollten sie zwingend deutlich machen, in welchen Bereichen Einigkeit herrscht. Die Laien sollten dies als gemeinsame Basis akzeptieren – dann wird das europäische Bauwerk von Bestand sein.

Jacques Santer:

In diesem Sinne meine ich, dass der EU-Reformvertrag verschiedene nützliche Akzente setzt – auch in Zusammenhang mit den Religionsgemeinschaften, deren Dialog gefördert werden soll. Übrigens nach ähnlichen Grundsätzen, wie dies z.B. bei den Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften geschieht. In diesem Punkt stimme ich mit Ihnen völlig überein – alle haben das gleiche

Recht, mit der Zivilgesellschaft in Kontakt zu treten, die es stets zu fördern gilt. Das ist die Grundlage und jede Religionsgemeinschaft sollte diese Möglichkeit haben. EU-Kommissar [Ján Figel] unterstützte im letzten Jahr die Begegnung zur Förderung des Dialogs zwischen den Religionen. Auch in diesem Jahr fand hier in Krakau ein Tag der Weltreligionen statt. Ich glaube, dass wir in dieser Materie noch gewisse Aufgaben erfüllen und eine ganz bestimmte Rolle spielen müssen. Denn wenn wir von der Würde des Menschen sprechen, sollten wir ein ganzheitliches Menschenbild vor Augen haben, das gerade auch die geistige Dimension voll berücksichtigt. Diese Überzeugung klang heute vormittag in vielen Reden durch. Gerade heute müssen wir als Europäer fordern, dass die interreligiösen und interkulturellen Beziehungen, aber auch alle Formen des Dialogs in Europa breite Unterstützung finden. Denn jede Religion hat etwas zur Identität Europas beigetragen, so dass wir alles daran setzen sollten, diesen Beitrag weiter zu fördern. Genau darin liegt unser gemeinsames Interesse, wobei es mich sehr freut, dass dieser Dialog unlängst in Krakau stattgefunden hat. Dabei haben alle Weltreligionen sich zum gemeinsamen Gebet versammelt – auch in Auschwitz, was mich ungeheuer beeindruckt hat.

Lech Wałęsa:

Ja, so ist es! Aber bei der Herausbildung dieses einheitlichen Rechts gelangen wir manchmal auf völlig unbeabsichtigte Zielgeraden. Wir sagen z.B., dass alle das Recht haben, sich zu organisieren und einen Bund zu schließen. Das klingt zunächst ganz toll. Aber nicht alle können z.B. den Ehebund miteinander eingehen. Wir geben ihnen jedoch das Recht dazu, obwohl ein Ehebund stets aus Mann und Frau besteht. Nur weil man gewisse Rechte hat, kann man doch nicht etwas kaputt machen, was seit Adam und Eva gilt! Daher sollte man im EU-Recht hinzufügen, dass zwar alle in diesem Bereich das gleiche Recht haben, aber dabei nicht etwas zerstört werden darf, was seit Jahrhunderten gilt. Doch daran hat bisher noch niemand gedacht und deshalb wurde dies auch noch nicht in Angriff genommen. Es gibt zahlreiche Dinge, die nicht in Ordnung sind. Die Familien werden zerschlagen, darum möchten viele den Reformbestrebungen der EU nicht zustimmen. Wahrscheinlich verweigern auch die Iren

den geplanten Reformverträgen ihre Zustimmung, weil sie unpräzise sind und etwas zersetzen, was seit ewigen Zeiten traditionelle Praxis ist. Die Familie ist das Fundament allen Lebens.

Jacques Santer:

Gleichwohl sollte man darauf hinweisen, dass dies keine Frage ist, mit der sich die Europäische Union befasst. Denn jedes Land und Volk hat ein eigenes, autonomes Recht darüber zu entscheiden, wie das Zusammenleben der Geschlechter aussehen soll und wie die Familie definiert werden muss. Auch in meinem Heimatland, das zum Kreis der Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaft zählt, würde eine solche Vereinheitlichung auf Widerstand stoßen. In dieser Frage muss man das Subsidiaritätsprinzip in seiner ganzen Bandbreite aufrechterhalten. Mein Vorredner hat eben schon daran erinnert, dass diese Grundsätze harmonisieren müssen – Subsidiarität, Solidarität, personaler Individualismus – all dies ist eng miteinander verbunden. Das darf also nicht mit der Europäischen Union insgesamt in einen Topf geworfen werden, was viele Zeitgenossen tun.

Unter den 27 EU-Mitgliedsstaaten leben derzeit bestimmte Nationalismen wieder auf. Das gibt mir stark zu denken! Ich denke etwa an die Probleme zwischen Ungarn und der Slowakei. Angesichts dieser Situation muss man sich bewusst machen, dass Europa ein Friedensprojekt ist, das auf Vergebung und Versöhnung basiert. Es ist doch kein Zufall, dass fünf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Robert Schuman und Konrad Adenauer die Idee eines vereinigten Europas entwickelten! Damals lagen unsere Länder noch in Schutt und Asche. Das vereinigte Europa errichteten wir also auf den Trümmerhaufen unserer Städte und Dörfer. Eben diese europäische Idee stützte sich zunächst auf die bilaterale Aussöhnung zwischen zwei ewig verfeindeten Nachbarn – Frankreich und Deutschland. Ich als Luxemburger – und Luxemburg diente stets als Pufferzone zwischen Deutschland und Frankreich –, der all diese Konflikte und Kriege am eigenen Leibe miterlebt hat, empfand die Wirklichkeit gewordene Aussöhnung zwischen diesen beiden Völkern als eigentümliche Befreiung. Von diesem Zeitpunkt an dürfen wir uns der längsten Friedensperiode in der europä-

ischen Geschichte erfreuen. Daher meine ich, dass der Gedanke der Vergebung und Versöhnung im erweiterten Europa noch weitaus sichtbarer werden muss als bisher. Denn dies wird die wirtschaftlichen und sozialen Nationalismen schwächen.

Nicht zuletzt deshalb müsste man Europa auch eine größere gesellschaftliche Dimension verleihen. Dieses Problem geht wohl unmittelbar alle Bürger Europas an. Denn die europäischen Institutionen wurden ja im Blick auf die Menschen geschaffen, so dass sie ihre jeweiligen Lebenspläne in Frieden und Freiheit – und hoffentlich auch in Wohlstand! – verwirklichen können.

Lech Wałęsa:

Wir gebrauchen häufig das Wort „Solidarität“. Weil ich viel in der Welt herumkomme, weiß ich jedoch, dass zahlreiche Länder bei gewissen Themen nichts von Solidarität hören wollen. Ich denke z.B. an die Menschenrechtsverstöße bei den jüngsten Olympischen Spielen in China usw. Was wäre, wenn Europa wirklich solidarisch wäre? Wir wollen ja keinen Krieg mit China! Wir möchten lediglich, dass die Chinesen ihr Verständnis der Menschenrechte und ihre Vorgehensweise ein wenig an uns anpassen. Dazu müssten sie den einheimischen Arbeitern aber etwas höhere Löhne zahlen, denn wir werden gegenüber China niemals konkurrenzfähig sein und stets verlieren. Derzeit unterhält China mit einigen Ländern Handelsbeziehungen, mit anderen aber nicht – auf diese Weise werden die Chinesen uns irgendwann erledigen. Daher müssen wir in den EU-Verträgen festhalten, dass wir im Verhältnis zu Russland in einigen Punkten solidarisch sind. Aber diese Solidarität muss auch gegenüber China gelten. Dann werden wir diese Welt verändern können! Die Sache ist heute deshalb umso ernster, weil wir inzwischen in europäischen, geschweige denn globalen Kategorien denken. Solange es Grenzen und Blöcke gegeben hat und solange Faschismus, Kommunismus und andere Ängste unter den Nachbarstaaten geherrscht haben, hat doch jeder in seinem Staat mit ganz bestimmten Dingen gerechnet und sich dementsprechend zurückgehalten. Heute hingegen gibt es keine offiziellen Feinde mehr. Daher haben wir wohl allen Grund zum Feiern, die Hölle von damals

existiert nicht mehr – wovor sollten wir also noch Angst haben? Aber zugleich bemerken wir gravierende Ungleichgewichte und nicht bezahlte Schulden nach kriegerischen Konflikten. Es liegt daher nahe, die offenen Rechnungen endlich zu begleichen. Nationalismus, Populismus und Demagogie sind dabei wohl unausweichlich. Es sei denn, dass es uns gelänge, zu einigen Themen die Grundsätze einer „Verkehrsordnung“ auszuarbeiten, die klar und unmissverständlich auf Solidarität und Gerechtigkeit abzielen. Dies sind die großen Herausforderungen und Gefahren, die ich als Praxismensch derzeit sehe.

An diesen Dingen arbeite ich hart und suche nach bestimmten Anregungen, damit wir gemeinsam die heutigen Chancen und Gefahren erkennen. Damit wir nicht vorgeben, solidarisch zu sein, aber es in Wirklichkeit gar nicht sind. Damit wir das Ganze irgendwie finanzieren und so konstruieren, dass man sich davor nicht drücken kann, damit Kontrolle und Transparenz herrschen. In frühere EU-Verträge wurden ja bereits Vereinbarungen aufgenommen, laut derer die Familie nicht kaputtgemacht werden darf. Und dennoch hat Irland vor allem deshalb gegen den Lissabonner Vertrag gestimmt, weil es befürchtete, dass gewisse Minderheiten das Recht erhalten, der Mehrheit auf die Füße zu treten. Darum müssen wir diese Vereinbarungen im Blick auf die christliche Tradition so klar formulieren, dass wir uns nicht bedroht fühlen und uns keiner öffentlich vorführt: Ein kleiner Wicht zeigt mir Dinge, die mit unserer jahrtausendealten Tradition nicht in Einklang stehen und sagt, dass er das Recht dazu hat. Darauf sage ich: „Du hast das Recht dazu, aber geh fort, weil ich nicht will, dass Du mein Recht und meine Familie schlechtredest!“ Und dennoch kommt diese Minderheit mir bewusst dort in die Quere, wo die meisten Kinder sind und zeigt öffentlich, dass auch sie existiert. Das kann nicht sein! So kann man nicht vorgehen, die bisherigen EU-Vereinbarungen wurden also schlecht formuliert. Man muss das unmissverständlich formulieren: „Du darfst Dich in Deinen Ansichten von mir unterscheiden, aber komme mir nicht dort in die Quere, wo ich Dich nicht sehen will! Ich gehe nicht in Deine Richtung, aber komme auch Du mir nicht zu nahe! Komme mir nicht dort in die Quere, wo Gotteshäuser stehen und Kinder erzogen werden, da ich das nicht wünsche! Ich befinde mich in der Mehrheit – ich gestatte Dir, eigene Ansichten zu haben, aber

komme mir damit nicht in die Quere!“ Diese Dinge wurden in den bisherigen Verträgen so nicht formuliert.

Jacques Santer:

Herr Wałęsa sprach bereits von den Veränderungen der institutionellen und prozeduralen Ordnung der EU. Die Europäische Union erhält durch den Lissabonner Vertrag neue Institutionen, um den aktuellen Aufgaben gerecht zu werden. Dabei stimme ich ganz mit Herrn Wałęsa überein, dass der Reformvertrag nicht allen unseren Vorstellungen und Wünschen – auch nicht den meinen! – entspricht. Denn wenn ich oder meine Fachkollegen den Vertrag selbst geschrieben hätten, hätten wir es mit einem völlig anderen Dokument zu tun. Aber wir hatten nun einmal nicht die Möglichkeit, den Vertragstext individuell zu gestalten und mussten daher bestimmte Kompromisse eingehen, die unter zahlreichen Schwierigkeiten im Vertragswerk verankert worden sind. Aber wie Sie schon richtig sagten, zuerst müssen wir den Reformvertrag unter Dach und Fach haben, und erst dann können wir gleichsam von innen heraus bestimmte Korrekturen an ihm vornehmen.

Europa ist an seinen Krisen stets gewachsen und hat dabei immer einen Schritt nach vorne gemacht. Diese Krisen haben sich in den 50er, 60er und Anfang der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts ereignet, wobei Europa daraus stets gestärkt hervorgegangen ist. Auch jetzt müssen wir einen Schritt nach vorne gehen. Später, wenn wir die neue Verfahrensordnung bereits haben, können wir analysieren, was noch zu verbessern wäre. Aber das, was wir hier und jetzt benötigen, um die Stellung Europas in der Welt zu festigen und damit zugleich die Anhänger Europas außerhalb seiner Grenzen zu unterstützen, ist eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Wir müssen die im Lissabonner Vertrag verankerte gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nun mit konkreten Inhalten ausfüllen. Diese Politik hat derzeit Priorität, damit Europa mit einer Stimme sprechen kann. Daran mangelt es auch in Zusammenhang mit der gemeinsamen Währungszone immer noch. Sie haben ferner mit Recht an die Bankenkrise erinnert. Ich stimme völlig mit Ihnen darüber überein, dass wir in diesem Bereich neue ethisch fun-

dierte Konzeptionen benötigen. Aber leider gelingt es uns nicht einmal innerhalb der 16 Staaten der 330 Mio. Bürger umfassenden Euro-Zone, in internationalen Gremien wie IWF, Weltbank oder G20 mit einer Stimme zu sprechen. Obwohl es Europa natürlich gelang, eine gemeinsame Währungsunion zu schaffen, steht eine gemeinsame Wirtschaftsunion immer noch in weiter Ferne. In letzterem Bereich müssen wir also noch enorme Anstrengungen unternehmen, wenn wir etwas erreichen wollen. Daher brauchen wir starke Institutionen. Ich habe mich stets für starke Institutionen ausgesprochen, aber ich weiß auch, dass wir unsere Bürger durch Institutionen allein nicht zum Handeln motivieren können. Nötig sind vielmehr konkrete Inhalte, aber in erster Linie müssen institutionelle Rahmenbedingungen für eine aktive Politik geschaffen werden.

Lech Wałęsa:

Aus praktischer Sicht schaue ich zunächst, was zu tun ist und suche mir erst dann die geeigneten Organisationen oder Strukturen aus, bevor ich mich an die Arbeit mache. In der EU ist es hingegen umgekehrt – zuerst ruft man ein Gremium ins Leben und dann überlegt man sich, was man damit eigentlich machen möchte. Aber vielleicht muss das ja in diesen höheren Sphären der Macht so sein. Als ich vor 25 Jahren sagte, dass Europa in Zukunft seinen eigenen Präsidenten haben muss und dass das auch durchgeführt werden wird, hat man mich 20 Jahre lang nur ausgelacht. Schließlich sagte ich: „Und da das mein Einfall ist, werde ich auch Präsident werden. Wenn wir die Vereinigten Staaten von Europa schaffen, werde ich diese später als Präsident mit den Vereinigten Staaten von Amerika zu einem föderalen Bund zusammenschließen und werde dann wieder Präsident, da dies meine Idee ist. Dann wird Asien seine Vereinigten Staaten von Asien schaffen und auch dieses Gebilde werde ich mit anderen föderieren. Und so werde ich abermals Präsident... Das alles reicht für 150 Jahre Arbeit und auch die Globalisierung werde ich in dieser Zeit durchführen. Diesen Vorschlag habe ich gemacht, als ich [nach 1989] zum ersten Mal in Deutschland war. [Als ich 2009 in Berlin an den Jubiläumsfeierlichkeiten zum Fall der Mauer teilnahm], fragte ich die Anwesenden, wer sich noch daran erinnert, dass ich es gewesen bin, der über diese Föderationspläne zum ersten Mal gesprochen hat. Ich hatte Glück, ein

Mensch konnte sich noch daran erinnern. Daraufhin sagte ich zu ihm: „Sehen Sie, 20 Jahre lang habt Ihr mich ausgelacht und was tun wir die ganze Zeit über? Wir machen doch genau das, was ich Euch damals angekündigt habe!“ Darauf entgegnete man mir in Deutschland: „Herr Wałęsa, Sie säten damals guten Weizen, aber er fiel auf schneebedeckten Boden. Es war zu früh, Sie hätten den Frühling abwarten müssen!“ Aber ich habe damals nicht gewartet. Und jetzt sage ich Ihnen ganz klar: Ich weiß, dass ich mich Ihrer Kritik aussetze. Bereits zu Beginn meines Kampfes um die EU-Verfassung und den Lissabonner Vertrag habe ich gesagt: „Liebe Welt! Wenn Du diese Idee ablehnst, werde ich mich auf den Kopf stellen, fünf europäische Staaten in die erste Reihe bitten und ihnen sagen: ‘Ihr Lieben, lasst uns eine Verfassung oder einen Reformvertrag ausarbeiten, egal wie wir das nennen!’ Und dann werden wir fragen, wer sich uns anschließen möchte. Wer nicht möchte, dem sagen wir Adios, der muss einen anderen Weg gehen. Denn das Ganze muss gelenkt werden. Und wenn Du Dir die Sache überlegst und später vielleicht eintreten möchtest – schön, dann nehmen wir Dich eben auf, aber Entscheidungsgewalt wirst Du erst mit zunehmender Probezeit bekommen. Nein, Du wirst nicht einfach eintreten und Europa sofort kaputtmachen! Erst kommt eine Probezeit – nach zwei Jahren darfst Du dies und nach drei Jahren jenes!“. Auf diese Weise beherrschen wir Europa durch Weisheit und Organisation. Denn die europäische Einigung darf uns keine Rechte wegnehmen, sie soll uns helfen. Sie soll uns absichern und nicht tyrannisieren oder quälen. Daher warne ich all diejenigen, die gegen dieses Europa sind. Denn ich bin für Siege zuständig und werde ihnen ein solches Bündnis schmieden! Dabei gehe ich mit einem Programm auf ein weise regiertes, vereintes Europa zu, das sicher und wohlhabend sein soll – egal, ob jemand dieses Vorhaben zunichte machen will. Bei einigen Staaten habe ich übrigens den Verdacht, dass sie uns mit ihren hausgemachten Problemen bewusst überhäufen, damit wir uns ständig streiten und gegenseitig durcheinander bringen – denn sie sind gegen die europäische Einheit!

Jacques Santer:

Sicherlich haben Sie Recht, wenn Sie von einem Kerneuropa sprechen. Dieses Modell hat seine Befürworter, aber eben aus Gründen der Solidarität haben wir

bislang versucht, auch andere Länder darin einzubinden und niemanden davon auszuschließen. Aber jetzt sind wir an einem Wendepunkt angelangt, an dem es zu fragen gilt, wie Sie das klar sagten: „Wer möchte weiter gehen und den Reformvertrag annehmen – und wer nicht?“ Dann müssen wir weiter sehen! Ich hoffe sehr, dass der Vertrag nach dem Referendum in Irland in Kraft treten kann. Auch die Deutschen haben inzwischen einen Ausweg gefunden. Ich denke, dass auch unsere Freunde in der Tschechischen Republik und hier in Polen den Vertrag unterschreiben – und dann wird er in Kraft treten. Aber mit diesem Vertrag ist die Sache noch längst nicht zu Ende. Denn die eigentliche Arbeit beginnt erst und dann wird man die Weichen neu stellen können.

Mein Traum ist es, dass Europa in einer globalisierten, multipolaren Welt eine starke Stellung einnimmt, um den Erwartungen der Bürger gerecht zu werden. Genau darum geht es! Viele Bürger möchten mehr Europa, was die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Einwanderungspolitik anbelangt. Dem muss Rechnung getragen werden.

Auch in Zukunft wird es zahlreiche Erwartungen an die Adresse Europas geben. Herr Wałęsa, Sie kommen viel in der Welt herum – ich reise auch ein bisschen, aber wohl nicht so viel wie Sie. Dort, im fernen Ausland bekomme ich zu spüren, dass man Europa stets als Ganzes betrachtet und vielfältige Erwartungen an diesen Kontinent hegt, die wir wohl nicht ganz erfüllen können.

Lech Wałęsa:

Natürlich ist das so! Europa ist in allen Kriegen und übrigens auch in Revolutionen eine führende Macht gewesen. Aber Europa hat unglaubliche Dinge vollbracht! Denn was wäre, wenn ich heute meinen Vater aus dem Grabe holen und ihm sagen würde: „Papa, weißt Du, wie Europa heute aussieht? Es gibt fast keine Grenzen mehr. Weißt Du, dass zwischen Deutschland und Polen keine Soldaten mehr stationiert sind?“ Meinem Vater würde wohl vor Verblüffung das Herz still stehen! Dieses Europa ist jedoch im Moment nur eine Chance. Die bestehenden Ungleichheiten sind derart groß, das Durcheinander in den Rechts-

systemen so stark und die technischen Lösungsansätze so unterschiedlich, dass man heute rasch damit beginnen sollte, die nationalen Standards aneinander anzugleichen und das Recht neu zu ordnen. Es geht nicht darum, anderen etwas wegzunehmen, sondern eine weise Ordnung der Dinge zu schaffen. Wir wollen doch alle frei sein. Aber man muss auch darüber diskutieren, in welchen Bereichen wir ein Stück von unserer Freiheit abgeben. Es stellt sich etwa die Frage, ob wir nicht von den Vorschriften der Straßenverkehrsordnung verklavt werden. Man befiehlt mir, linksspurig zu fahren oder man lässt mich nicht mit 200 Stundenkilometer auf der Autobahn dahinbrausen. Auch das ist eine Einschränkung der Freiheit. Aber in einigen anderen Fragen müssen wir die Freiheit tatsächlich begrenzen. Denn wenn keine weltweiten Kontrollmechanismen im ökologischen Bereich eingeführt werden, wird uns Weißrussland oder Nordkorea irgendwann in die Luft jagen! Wir müssen uns alle einer globalen Kontrolle unterziehen. Darum würde ich als Praktiker das wiederum anders festlegen. Denn ich würde zunächst weise Menschen und Völker fragen, was wir für unser Glück, Wachstum und unsere Sicherheit gemeinsam brauchen: Welche fünf Punkte müssen global geregelt werden? Wenn wir diese fünf Punkte – nur fünf globale Gebote! – anerkennen und in unsere nationale Verfassungen aufnehmen würden, könnten wir bereits eine Stufe niedriger gehen: Welche zehn Punkte muss unser europäischer Kontinent akzeptieren, da alle Europäer ihnen zustimmen? Und Asien hätte auch zehn gemeinsame Gebote, die von den europäischen Punkten ein bisschen abweichen – aber in fünf globalen Punkten würde es mit den anderen Kontinenten übereinstimmen. Gehen wir noch einen Schritt zurück auf die Ebene des Nationalstaates: Jeder Staat würde nun seine eigenen Gebote hinzufügen, aber die zehn europäischen und fünf globalen Punkte hätte er mit allen anderen Staaten gemein. Insgesamt wäre das ein Fahrplan für das weitere Vorgehen. Das wären unsere Bestimmungen für eine gemeinsame Verkehrsordnung.

Derzeit herrscht jedoch ein großes Durcheinander. Jeder hat andere Vorschriften. Aber das ist normal, da bislang der Staat am wichtigsten war – und heute ist Europa am wichtigsten. Und das ist keine Frage der guten Laune, ob wir beitreten möchten oder nicht. Wir haben einfach keine andere Wahl! Die neuen

Technologien haben uns auf derartige Höhen geführt, dass es in unseren eigenen Ländern zu eng geworden ist. Die Frage ist, in welchen Bereichen es zu eng geworden ist. In der Ökologie ganz bestimmt. Auch im Flugverkehr ist für uns alle kein Platz mehr.

Weißrussland hat die polnische Regierung bereits einmal nicht durch sein Territorium gelassen, so dass wir außen herumfahren mussten. Aber was wird sein, wenn sich alle in Europa nicht mehr gegenseitig hindurchlassen? Sogar Flugzeuge sollen wir nicht mehr haben? Das ist doch unmöglich! Ein Flugzeug verkehrt nicht nur auf dem Gebiet eines einzigen Staates. Wir müssten also auf Flugzeuge generell verzichten, das kann nicht angehen! Unser Wachstum und unsere Sicherheit erfordern es, von der rein nationalstaatlichen Ebene auf kontinentales und globales Denken umzuschalten. Aber in welchen Bereichen? Denn wir haben die Leute bislang nicht danach gefragt, was ihrer Meinung nach europäisch geregelt werden müsste und was nicht. Statt dessen haben wir uns den europäischen Vorschriften ungefragt zu beugen. Und hier liegt wohl der entscheidende Fehler. Wir haben zu sehr von oben begonnen und die Nationen von oben beglückt, daher spüren sie nicht, dass das Ganze zu ihrem eigenen Wohl geschieht. Die Menschen in Europa spüren nicht, dass an Europa gebaut wird. Diesen Eindruck muss man schleunigst korrigieren!

Jacques Santer:

Herr Wałęsa, lassen Sie mich zum Schluss aus einem Artikel zitieren, den ich einer guten polnischen Tageszeitung entnahm: „Optimismus ohne Krisenangst in Warschau. Ich habe meinen Augen nicht getraut, als ich die Ergebnisse der neuesten Untersuchung las – gesteht der Psychologe Janusz Czapliński“. Derart glückliche Polen hat es wohl noch nie gegeben, und das trotz der Wirtschaftskrise! Eben dies wünsche ich den Polen, aber auch allen anderen Europäern. Ich danke Ihnen für das Gespräch, Herr Wałęsa!